



dem Menschen unterschiedlicher Ansichten und weltanschaulicher Standpunkte zusammenwirken.

Mit unserem Eingreifen in den Bundestagswahlen 2002 wollen wir vor allem die Diskussion über die Notwendigkeit und die Inhalte eines Politikwechsels in Deutschland anregen und zum Zustandekommen einer entsprechenden breiten gesellschaftlichen Bewegung, zur Vernetzung des Widerstands gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau beitragen. Zugleich werben wir dafür, der DKP und ihren Mitgliedern mehr politische Unterstützung zu geben und sie auch finanziell und durch die Gewinnung neuer Mitglieder stärker zu machen.

**Ich möchte...**

- die Forderungen der DKP zu den Bundestagswahlen
- Infos über das DKP-Programm
- ein kostenloses Probeabo der UZ – Zeitung der DKP
- Mitglied der DKP werden

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße, Nr.

\_\_\_\_\_  
PLZ, Wohnort

Partei Vorstand der DKP  
 Hoffnungstraße 18, 45127 Essen  
 Telefon 0201 225148  
 Telefax 0201 202467  
 E-Mail dkp.pv@t-online.de  
 www.dkp.de  
 www.kommunisten.de



V.i.S.d.P.: Rolf Priemer, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

und Betriebe der Rüstungsindustrie auf Produkte und Dienstleistungen für den zivilen Bedarf bei gleichzeitiger Schaffung neuer Arbeitsplätze durch staatliche Beschäftigungs- und Umschulungsmaßnahmen.

- < Neufassung der Militärdoktrin und der politischen Richtlinien für die Bundeswehr bei strikter Begrenzung auf eine ausschließlich defensive Rolle. Rückzug aus der NATO und den Militärstrukturen der EU, aktives Eintreten für die Auflösung der NATO und aller anderen Militärblöcke, für ein gesamteuropäisches System der Sicherheit und Zusammenarbeit und für eine neue Weltordnung gleichberechtigter Partnerschaft ohne jede Führungsrolle und jeden Führungsanspruch einzelner Staaten.

Wir wissen, dass unsere Hauptforderungen für eine alternative Politik in Deutschland nicht allein mit dem Stimmzettel bei den Bundestagswahlen am 22. September 2002 durchgesetzt werden können. Dazu bedarf es anhaltender gesellschaftlicher Bewegungen und Aktionen, eines Kampfes mit langem Atem, bei



**Stichwort: Abrüstung statt Hochrüstung!**

**Für einen Politikwechsel in Deutschland.**

**Für Arbeitsplätze – gegen Kriegseinsätze!**

**Was wollen wir Kommunistinnen und Kommunisten?**

Wir Kommunistinnen und Kommunisten treten ein für einen Politikwechsel in Deutschland – für Arbeitsplätze gegen Kriegseinsätze. Dazu sind vielfältige außerparlamentarische Aktivitäten und Bewegungen erforderlich, die Entwicklung alternativer Forderungen und die Vernetzung dieser Initiativen für eine andere Politik.

**Was hat die Schröder-Fischer-Regierung gebracht?**

Die vergangenen vier Jahre der sogenannten „rot-grünen“ Bundesregierung haben gezeigt: Der Regierungswechsel vom Herbst 1998 war nur ein Personalwechsel, aber kein Politikwechsel. Die Schröder-Fischer-Regierung hat – entgegen den Erwartungen





der Wähler – in allen wichtigen Fragen den Kurs der vorhergehenden CDU/CSU-FDP-Regierung fortgesetzt. Schlimmer noch, sie hat in manchen Punkten durchgesetzt, was die Kohl-Regierung sich noch nicht getraut hat:

- < Die offene militärische Teilnahme Deutschlands an imperialistischen Kriegen in aller Welt.
- < Den Einstieg in die Privatisierung der Rentenversicherung und damit in die Zerstörung der solidarischen sozialen Sicherungssysteme überhaupt.

Die Bundesrepublik Deutschland verschleudert Milliardenbeträge zur Finanzierung von Kriegs- und Militäreinsätzen in aller Welt, die nichts mit den Interessen der in Deutschland lebenden Menschen zu tun haben, aber von ihnen bezahlt werden müssen. Sie dienen nur dem Größenwahn und Weltmachtgeiz der herrschenden Klasse, den Expansions- und Profitinteressen des transnational operierenden Industrie- und Finanzkapitals.

Milliarden Steuergelder werden dafür verpulvert, während gleichzeitig die Städte und Gemeinden in Deutschland immer stärker verarmen. Sie werden immer mehr zur Schließung von Schwimmbädern, Museen, Bibliotheken, Theatern, Sportanlagen und anderen sozialen und kulturellen Einrichtungen gezwungen. Für die Schulen fehlen Geld und Lehrkräften. Die Kosten, die die Menschen für Kinderbetreuung, Bildung und Ausbildung, für die Gesundheit, für Kultur und Freizeit aufbringen müssen, werden immer höher.

Statt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Schaffung von existenz- und zukunftssichernden Vollarbeitsplätzen hat sich die Regierung auf die Subventionierung der Unternehmergewinne durch Förderung von immer mehr Niedriglohn-, Teilzeit-, Aushilfs- und sonstigen Billigjobs verlegt.

## **Was die in Deutschland lebenden Menschen brauchen, ist ein grundlegender Politikwechsel.**

Nötig ist die Durchsetzung einer völlig anderen Politik, die an den friedenspolitischen, sozialen, demokratischen und ökologischen Grundinteressen der großen Mehrheit der Menschen ausgerichtet ist. Eine Politik, die den reaktionären Umbau der Gesellschaft im Dienst der führenden Kapitalkreise, die fortschreitende Rechtsentwicklung und die Beteiligung an militärischen Operationen im Ausland stoppt. Eine Politik der bewussten Abkehr von den herrschenden Dogmen des neoliberalen „Marktradikalismus“ und der kapitalistischen Profitlogik. Eine Politik der bewussten Hinwendung zur Förderung von Frieden und Abrüstung, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Erhöhung der Massenkaukraft, zur Förderung von mehr sozialer Gerechtigkeit durch die Umverteilung der Lasten von unten nach oben und des Reichtums von oben nach unten.

### **Eine Hauptforderung der DKP zu den Bundestagswahlen 2002 ist:**

**Rückzug der Bundeswehr aus dem Einsatz in und rund um Afghanistan, am Horn von Afrika und dem gesamten Nah- und Mittelostraum sowie aus dem Balkan. Kein Einsatz deutscher Militäreinheiten außerhalb der deutschen Grenzen.**

- < Wiedereinhaltung der Grundsätze „Krieg darf kein Mittel der Politik sein“ und „Von deutschem Boden darf nie mehr Krieg ausgehen“, die den antifaschistischen Grundkonsens des deutschen Volkes von 1945 ausmachen und sich im Friedensgebot des Grundgesetzes widerspiegeln. Abkehr von allen Bestrebungen, Deutschland durch den Einsatz von militärischen Mitteln zu einer führenden Groß- und Weltmacht zu machen.

- < Auflösung der „Krisenreaktionsstreitkräfte“ und aller für Interventionsaufgaben bereitgestellten Truppen. Auflösung der Bundeswehr. Bekräftigung des Verbots jedweden Einsatzes der Bundeswehr im Inneren.
- < Reduzierung des Militäretats in den nächsten vier Jahren um jährlich 10 Prozent. Stopp der Hochrüstung auf immer neue und immer teurere hochtechnologische Waffensysteme, Reduzierung und Änderung der Modernisierungs- und Beschaffungspläne der Bundeswehr unter Verzicht auf ihre Ausrüstung für globale Interventionseinsätze.
- < Verwendung der aus dem Rüstungsetat freigesetzten Mittel für eine planmäßige Konversion der Militärstandorte

